

## Deutschland.

**Berlin, 4. Februar.** (3. C.) Indem der bayerische Minister des Auswärtigen das Bündniß, welches Bayern mit Preußen „und den übrigen deutschen Staaten“ abzuschließen wünsche, dahin kennzeichnet, daß durch dasselbe „die Integrität des Gebietes und die gegenseitige Hilfe bei Gefährdung dieser Integrität gewährleistet werden solle, macht er nur einen einzelnen von denjenigen Punkten namhaft, welche bei der Vollenbung des nationalen Bundes zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands ihre Erledigung finden werden. So lange es den süddeutschen Fürsten nicht gelungen ist, unter einander eine Association zu begründen, so lange kann Preußen nur mit jeder Regierung Süddeutschlands besonders unterhandeln; doch wird man in solchen diplomatischen Maßnahmen immer nur die Vorbereitung für eine verfassungsmäßige Gestaltung des Verhältnisses der süddeutschen Staaten zu einander und der Beziehungen Preußens zu Süddeutschland erblicken müssen. Schon ein mit jedem einzelnen süddeutschen Staate abgeschlossener Garantie-Vertrag Preußens würde die Eigentümlichkeit an sich tragen, daß er jenen Staaten jeden mit einer anderen Macht abzuschließenden Garantie-Vertrag verbiete und in Folge dieser Exklusivität würde er nicht sowohl dem völkerrechtlichen als bereits dem Verfassungs-Gebiete angehören. Ganz Deutschland mit Ausnahme Kaiserlich österreichischer Länder, ist durch den 2. Artikel der Nikolsburger Präliminarien zum Material einer „neuen Gestaltung“ gemacht worden; alle Territorien des früheren deutschen Bundes (mit der obigen Ausnahme) sind das Objekt der gestaltenden Aktion. Die süddeutschen Staaten haben dies anerkannt. Es mag wünschenswert sein, den einzelnen Staaten, bevor sie sich assoziieren, eine erhöhte Sicherheit ihrer Existenz zu geben, wir wiederholen jedoch, daß dies nur der Versuch einer Einigung sein kann, welche neben den Pflichten auch gemeinsame verfassungsmäßige Rechte konstituiert.

Die ehemals hannoverschen, kurhessischen, nassauischen und frankfurter Offiziere und Militärbeamten, welche in die preussische Armee übertreten, beziehen hier, laut militärischen Blättern, nicht ihre bisherigen, sondern die etatsmäßigen Kompetenzen der preussischen Stelle, welche sie einnehmen, falls nicht in einzelnen Fällen eine Allerhöchste Anordnung anders verfügt. Die Mannschaften der vorgeordneten ehemaligen Heere, welche noch dienstpflichtig sind, erhalten insgesamt preussische Militärpässe und werden bei dem Umzuge nach anderen Korpsbezirken in derselben Weise der Kontrolle unterworfen, wie alle übrigen Mannschaften des Bundes. Werden Personen ermittelt, welche sich noch nicht in dem Besitz preussischer Militärpapiere befinden, also auch nicht in der Kontrolle stehen, so sollen sie sofort dem heimathlichen Landwehr-Bezirkskommando namhaft gemacht werden. — Ein Erkenntnis des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 13. Okt. 1866 lautet dahin: Wenn durch eine Anordnung der Polizeibehörde ein solcher Eingriff in Privatrechte erfolgt, für welchen nach den gesetzlichen Vorschriften Entschädigung gewährt werden muß, so findet der Rechtsweg darüber statt: ob ein Eingriff dieser Art vorhanden sei, und zu welchem Betrage Entschädigung dafür geleistet werden müsse.

(R. Z.) Bald nach dem Beginn der norddeutschen Konferenz hatte bekanntlich verlautet, daß Hamburg Sonderwünsche wegen der Konfusen und der Flagge geäußert hätte, worauf Preußen nicht eingehen konnte. Seitdem hatte dann auch von jenen separaten Erwartungen nichts mehr verlautet. Jetzt heißt es hier und da, es wäre hanseatischseits und allem Anschein nach nicht nur von Hamburg der Wunsch geäußert worden, daß für eine gewisse Zeit, bis die neue norddeutsche Flagge in den überseeischen Gewässern sich eingebürgert hätte, den Schiffen gestattet werden solle, neben der norddeutschen Flagge die Landesflagge, letztere in kleinerem Maßstabe, zu führen. Wie weit das Berücksichtigung finden kann, steht dahin. Die Verhandlungen der Konferenz sind bekanntlich noch nicht geschlossen und die Vermuthung, daß sie sich in die ersten Tage des Februar hineinziehen könnten, hat sich bestätigt. Ein unerwartet rascher Abschluß war allerdings in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit stets als möglich vorgeesehen worden. In politischen Kreisen wollte man neuerdings vermuthen, es könnte zu der vorgängigen Unterzeichnung einzelner wichtiger Theile des Vertrages kommen. Aber dieses Gerücht hat vorerst keinen sichern Boden. Was endlich die Vertretung der Bundes-Regierungen während des Parlaments angeht, so spricht man jetzt von zwei Kommissaren im Ganzen für die Regierungen neben Preußen. Hierüber wird Näheres abzuwarten sein, und wir wissen nicht, ob darüber schon eine definitive Bestimmung getroffen wurde. Aber jene Vertretung bleibt wahrscheinlich, und die Thuen darüber gemeldete Nachricht wird sich wahrscheinlich bestätigen.

Die laufende Woche wird voraussichtlich in mehr als einer Beziehung entscheidend sein. Zuallererst in den Angelegenheiten der norddeutschen Konferenz, sollte man meinen, wird der Vertrag, wenn er überhaupt vor den Wahlen zu Stande kommen soll, zum Abschluß gelangen müssen. Man hatte bis jetzt als den äußersten Termin für den Schluß der Konferenz den 10. Februar angenommen. Die bereits signalisirte Angabe, daß es vielleicht zu der vorläufigen Unterzeichnung wichtiger Bestimmungen oder Theile des Entwurfs kommen könnte, hat noch keinen sicheren Anhaltspunkt. Die wichtigste Bestimmung ist ohnehin die finanzielle Forderung, um deren definitive Feststellung es sich bis in die letzten Tage gehandelt hat. Die laufende Woche wird aber auch besonders wichtig sein für die letzten Vorbereitungen zu den Wahlen. Man darf annehmen, daß die Wähler aller Orte über die große Bedeutung des 12. Februar, so wie über ihre Aufgabe im Klaren sind.

**Berlin, 4. Februar.** Die Berliner „Revue“ schreibt: „Es ist wahr, Napoleon III. wollte sich nicht an preussischen Territorien vergreifen — denn der Hinweis auf die Saargegend trat nur sehr schüchtern auf —, aber dafür wollte er die süddeutschen Fürsten wie Vogelfrei behandeln wissen, an denen sich die gekränkte Citelkeit der Franzosen erholen dürfte. Der Kaiser verlangte Rheinbatern und Rheinhessen. Bayern sollte seine schönste Provinz verlieren. Sicherlich genügte die Mittheilung dieser Forderungen an die bayerischen Unterhändler, die sich damals in Berlin aufhielten, um sie zu überzeugen, daß nur die Hingabe an die preussische Führung die Pläne des Nachbarn vereiteln werde. Schon damals wurde demnach der Grund zu einem Einverständnis gelegt, dessen Resultat jetzt in den Kundgebungen des Münchener Kabinetts zu Tage tritt.“ Wir lassen diese Mittheilungen um so mehr dahingestellt, weil die Berliner „Revue“ keineswegs ein offizielles Blatt ist, und wissen schon, daß wenn man von ehemaligen Kompensations-Forderungen spricht, es sich nicht bloß darum handelt, was gefordert ist, sondern auch um die Frage: von wem? Man kann die französische Regierung nicht für jeden politischen Kommiss-Boyageur verantwortlich machen. Daß Bayern oder vielmehr ganz Süddeutschland mit uns ein Schutz- und Trugbündniß abschließen wird, ist glaublich genug.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß, nach Äußerungen des dortigen Civil-Administrators Frhrn. v. Patow, die Stellung desselben dem bevorstehenden definitiven Organisation der neuen Provinz Hessen beendet sein werde und daß derselbe sich wieder ins Privatleben zurückziehen wolle.

Der Schluß der Sitzungen beider Häuser des Landtages, den der König in Person vollziehen würde, soll nicht, wie früher gemeldet, bereits am Donnerstag, den 7. d., zu erwarten sein. Glaubwürdiger hört man vielmehr anderweit den Sonnabend nennen, da dem Abgeordneten dann immer noch Zeit bleibe, zum Wahltermin am 12. c. in der Heimath zu sein.

**Berlin, 4. Februar.** (Herrenhaus.) 24. Sitzung. In der heutigen Sitzung wurde das Gesetz, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für das Anlage-Kapital einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig, angenommen. Der Gesetz-Entwurf, betreffend die Vermehrung des Betriebs-Materials, die Herstellung doppelter Bahngleise und notwendiger Ergänzungs-Anlagen der Staatsbahnen etc. (24 Millionen) erregt eine längere Debatte. Die Kommission beantragt, den §. 6 (den das Abgeordnetenhaus hineingebracht hat und der die Verfügung über alle Bahnen beschränken will) dahin zu fassen: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die Verbindungs-Anlagen zu Berlin, die Eisenbahnen von Dittersbach nach Altmasser und von Saarbrücken nach Saargemünd durch Veräußerung bedarf der Zustimmung der Landesvertretung.“ (Es ist dies das von der Majorität des anderen Hauses abgelehnte Amendement des Grafen Renard.) Für den Kommissions-Antrag, d. h. gegen den Beschluß des Abgeordneten-Hauses, sprechen die Herren Graf Rittberg, v. Tettau und Graf Tgenpitz. Dagegen Dr. Baumstark.

Minister-Präsident Graf Bischoff giebt die Erklärung ab, daß die Regierung es lebhaft bedauern würde, wenn die notwendige Ausgabe durch Einmischung prinzipieller Fragen verhindert würde. Die Regierung sei natürlich damit einverstanden, daß eine Veräußerung von Staatsbahnen, deren Einnahmen zum Etat gehören, ohne Bewilligung der Landesvertretung nicht stattfinden könne. Die Regierung könne sich aber nicht dazu verstehen, die Bewilligung notwendiger und nützlicher Ausgaben von einer Interpretation der Verfassung und prinzipiellen Konzeptionen abhängig zu machen. — Der Herr Minister-Präsident verweist auf die Vorgänge des vorigen Jahres, wo es ihr nur durch den Vertrag über die Köln-Mindener Bahn möglich wurde, die Interessen des Landes aufrecht zu halten, während ihr von der Vertretung alle Mittel zum Kriege und zur Vertheidigung verweigert wurden. Die Regierung hoffe nie wieder in die Lage zu kommen, zu erfahren, daß der Krieg gegen das Ministerium Vertretern des Landes über den Krieg gegen das Ausland gehe. Die Staatsregierung müsse hiermit erklären, daß sie lieber von diesen notwendigen Bauten abstehe, selbst auf Gefahr einer politischen Schließung der hiesigen Verbindungsbahn, als daß sie sanktionieren könne, daß eine solche Möglichkeitfrage zu einer prinzipiellen Beschränkung von weitreichender Wichtigkeit demutet werde.

Dr. Dernburg spricht sich sehr energisch dagegen aus, mit einer doktrinalen Frage, für deren Prinzip er selber sei, jetzt und bei dieser Gelegenheit der Regierung entgegenzutreten, die so Großes geleistet! Freiherr v. Senff gleichfalls dagegen.

Schließlich wird der §. 6 und das ganze Gesetz nach dem Kommissionsantrag angenommen, also der vielbesprochene §. 6 des Abgeordneten-Hauses abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages des norddeutschen Bundes (aus dem Abgeordneten-Hause) wird nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten mit großer Majorität verworfen. (Schluß folgt.)

**Kiel, 1. Februar.** Das akademische Universitäts-Konsistorium entsendet eine aus den vier Dekanen bestehende Deputation nach Berlin, u. a. die Huldigung der Universität darzubringen; die Landes-Universität hatte bisher stets nur Augustenburgische Kundgebungen gemacht.

**Glücksburg, 2. Februar.** Zu Ehren des General-Adjutanten Freiherrn v. Mantuffel fand gestern in den Räumen der hiesigen Harmonie-Gesellschaft ein aus allen Kreisen lebhaft besuchtes Ballfest statt. Zahlreiche Toaste wurden ausgebracht, doch namentlich verdient die Erwiderung Sr. Excellenz Erwähnung, daß er stets für das Wohl dieser Stadt ein reges Interesse empfunden und sie speziell der mächtigen Fürsorge Sr. Maj. des Königs empfohlen habe.

**Hannover, 1. Februar.** Dr. Windhorst, der vormalige Justizminister, ist, nachdem er einen Tag bei der Königin auf der Marienburg zugebracht hatte, gestern nach Berlin gereist, um dort unter den Auspizien des Lord Loftus ein Abkommen in Betreff der Vermögensrechte des Königs Georg V. zu versuchen. Mit ihm wird sich auch der Geh. Finanzrath v. Klend, der Bewahrer der 20 Millionen in London, dort einfinden. Die Herren sollen ziemlich weitgehende Ansprüche durch die Kapitulation von Langensalza begründet finden; andererseits hört man, daß Preußen geneigt sei, jedes irgend thunliche Zugeständniß zu machen. Dennoch, obwohl mit der längst erfolgten Eidesentbindung der Civilbeamten und der nun auch zugestandenen Verabschiedung der Offiziere und Soldaten

das hauptsächlichste Hinderniß einer Ausgleichung beseitigt ist, wird auf erwünschten Erfolg nicht mit Sicherheit gerechnet. Preußen, heißt es, wäre die Vermittlung Englands nicht gelegen, es wolle nur, oder doch lieber, mit unmittelbar von König Georg Beauftragten unterhandeln, weil allein auf diesem Wege der Anlaß geboten sei, den König zur Anerkennung der neuen Ordnung zu bewegen, oder doch aus dem Abschlusse der Unterhandlung die Anerkennung mindestens zu folgern. Weil aber der König auf direkte Unterhandlungen keinesfalls eingehen würde, so meint man, wäre die Beseitigung der Schwierigkeiten noch immer ungewiß.

**Kassel, 1. Februar.** Es soll Absicht der Regierung sein, die Kattenburg zu einer Kaserne für das Train-Bataillon des 11. Armee-Korps auszubauen.

**Frankfurt a. M., 2. Februar.** Von den hiesigen, dem Fürsten von Thurn und Taxis zugehörigen Gebäulichkeiten sind nur die bei dem Postdienste unmittelbar verwendeten Lokalitäten durch den Vertrag vom 28. Januar an Preußen übergegangen, nämlich das Postgebäude auf der Zeil und das Haus in der Taunusstraße, in welchem sich die westliche Zweig-Postexpedition befindet. Dem Fürsten verbleibt das Palais in der Eschenheimergasse, welches Sitz der Bundesversammlung und Wohnung des ehemaligen Bundes-Präsidenten gewesen, so wie mehrere dazu und zu dem sogenannten Weidenhof (jetzt Haus Mozart) gehörige Gebäulichkeiten. Bei dem relativ mäßigen Pauschquantum von drei Millionen Thlr. wird man die verschiedenen von Preußen zu übernehmenden Verbindlichkeiten nicht außer Acht lassen dürfen, mit welchem sich, dieselben zu Kapital gerechnet, wohl die bisher stets als wahrscheinlich festgehaltene Summe von 10 Millionen Gulden herausstellen mag.

**Neuwied, 3. Februar.** Heute Morgen verschied hier nach kurzem Krankenlager der in weiten Kreisen hochgeschätzte Prinz Max zu Wied in seinem 85. Lebensjahre.

**Dresden, 3. Januar.** Am 6. d. M. findet bei der Gräfin Hohenau, Gemahlin des Prinzen Albrecht, eine Festlichkeit statt, zu der Einladungen an viele preussische und sächsische Offiziere ergangen sind. Bei dem letzten Hofball, dem zweiten in dieser Saison, war die Hälfte des preussischen Offizierkorps zugegen; die andere Hälfte hatte am ersten Theil genommen. In der böhmischen Aristokratie äußern die Ereignisse des vorigen Jahres einen erheblichen Einfluß auf die Veräußerlichkeit der Saison. Dagegen macht sich ein sehr lebhafter Verkehr zwischen preussischen Offizieren und hier wohnhaften amerikanischen Familien von Distinktion bemerkbar. Die letzteren legen durch ihr Entgegenkommen eine unverkennbare Sympathie für die ersteren an den Tag.

**Stuttgart, 1. Februar.** Die Stimmung der Bevölkerung gegenüber dem Norden bessert sich entschieden. Da und dort schließt ein „Volkverein“ seine Existenz, und um die Helden der reinen schwäbischen Demokratie beginnt es einsamer zu werden.

**Reutlingen, 30. Januar.** Von hier schreibt das „Deutsche Volksblatt“: „Wie aus Franken berichtet wird, finden dort seit vier bis sechs Wochen sehr bedeutende Haferaukäufe für Frankreich statt. Das Gleiche ist von unserer nahen haferreichen Alb zu melden. Was an Hafer daselbst aufzutreiben war, ist angekauft, um von hier und theilweise Regingen (Station für die Ulmer Alb) über Bruchsal u. s. w. nach Frankreich weiter spedit zu werden. Ganze Reiben von zwei- und vier-spännigen Wagen, mit Hafer beladen, passieren unsere Stadt dem Bahnhof zu.“

**München, 1. Februar.** Die Abgeordneten-Kammer soll wegen der Beratung des Gewerbegesetzes auf sechs Wochen vertagt werden. Der Sozial-Ausschuß wählte zu Referenten: für den Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung Dr. Edel, für das Gewerbegesetz Münch, für die übrigen Gesetzentwürfe Fischer.

## Ausland.

**Wien, 1. Februar.** Das Resultat der bereits vorgenommenen Wahlen in den Ländern diesseits der Leitha läßt keinen Zweifel mehr über das Endergebniß des ganzen Wahlaktes. Im Großen und Ganzen haben die Verhältnißzahlen nur geringe Veränderungen erfahren; in den reindeutschen Kronländern werden die Gegner des außerordentlichen Reichsrathes, in denen gemischter Nationalität aber und in Galizien die zur Beschickung desselben geneigte Partei die Oberhand behalten. Die Regierung muß sich daher schon heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß jener Reichsrath, welcher durch das Patent vom 2. Januar einberufen wurde, von den deutschen Landtagen gar nicht beschickt werden dürfte.

Die „Presse“ schreibt: „Das Mitteldeln des Hrn. v. Beust, jeden Basallenstaat und jedes Paschalik der Pforte, dem es beliebt, einige Schreckchüße abzufeuern, mit autonomen Herrlichkeiten zur Ruhe zu bringen, könnte zu keinem anderen Ziel: führen, als daß die Türkei in ihre Theile zerfiel, daß sie nach Art des alten deutschen Bundes ein Konglomerat von Staaten bliden würde, von denen keiner die Fähigkeit selbstständiger Existenz besäße und die schließlich sämmtlich sich in russische Satrapien umwandeln würden.“

**Pesth, 1. Februar.** Der Bürgermeister und der Stadthauptmann von Pesth haben gestern beim Tavernicus ihre Demission eingereicht. Der Tavernicus nahm die Demission an, ersuchte jedoch dieselben, bis zur Ernennung des verantwortlichen Ministeriums im Amte zu verbleiben, was sie auch zusagten.

**Bern, 1. Februar.** Gestern ist die Finanz-Kommission für die zwölf Millionen-Anleihe zur Durchführung der Bewaffnung der eidgenössischen Armee mit dem Hinterladungsgewehr unter dem Vorsteher des Bundesrathes Chalet Venet wieder in der Bundesstadt zusammengetreten. Laut Vernehmen soll sie sich einstimmig für sofortige Aufnahme der Anleihe entschieden haben. — Zwischen den Waadtländern und den französischen Behörden ist ein Konflikt über die Ausführung des Art. 4 des Dappenthal-Vertrages entstanden. Dieser Artikel handelt von der Straßen-Korrektion,



Weizen loco 6—89 *fl.* nach Qualität, bunt poln. u. gelb galiz.  
83 *fl.* bez., Lieferung pr. Februar 79 *fl.* nom., April—Mai 80 <sup>1</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub>,  
<sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., Mai—Juni 81 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, *fl.* bez., Juni—Juli 82 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.*  
Roggen loco 78—79 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* 54 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, 55 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* ab Bahn bez., 79—80 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.*  
55 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 56 *fl.* do., 80—81 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* 55 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, 56 *fl.* do., 81—83 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* 56 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>,  
57 <sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* do., pr. Februar 56 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>1</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* bez., Frühjahr 55 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>5</sup>/<sub>4</sub>,  
<sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* bez., Br. u. Gb., Mai—Juni 55 <sup>5</sup>/<sub>8</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>5</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez. u. Br., <sup>1</sup>/<sub>2</sub>  
Gb., Juni—Juli 56, <sup>1</sup>/<sub>4</sub>, 56 *fl.* bez., Juli—August 54 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* bez.  
Gerste, große und kleine, 44—52 *fl.* pr. 1750 *q*ld.  
Hafer loco 26—29 *fl.* schlef. 28 <sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* sächf. 27 <sup>1</sup>/<sub>4</sub>, 28 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez.,  
pr. Februar u. Februar—März 28 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., Frühjahr 28 <sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., Mai—  
Juni 28 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., Juni—Juli 29 *fl.*  
Rübsl loco 11 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* pr., pr. Februar u. Februar—März 11 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub>,  
<sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., März—April 11 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, *fl.* pr., April—Mai 11 <sup>1</sup>/<sub>8</sub> *fl.* bez., Br. u. G.,  
Mai—Juni 11 <sup>2</sup>/<sub>3</sub>, <sup>2</sup>/<sub>3</sub>, 12, 11 <sup>2</sup>/<sub>3</sub>, <sup>2</sup>/<sub>3</sub> *fl.* bez.  
Spiritus loco ohne Faß 17 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez., pr. Februar u. Februar—  
März 17 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* bez., u. Gb., <sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* Br., April—Mai 17 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.*  
bez., <sup>1</sup>/<sub>2</sub> *fl.* Br., <sup>1</sup>/<sub>12</sub> Gb., Mai—Juni 17 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, <sup>5</sup>/<sub>8</sub> *fl.* bez. u. Gb., <sup>2</sup>/<sub>3</sub>  
Br., Juni—Juli 18 <sup>3</sup>/<sub>4</sub>, <sup>1</sup>/<sub>4</sub> *fl.* bez.  
**Breslau**, 4. Februar. Spiritus 8000 Tralles 82 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Weizen pr.  
Februar 76 *fl.* Roggen pr. Februar 54, do. pr. Frühjahr 52 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Rübsl  
pr. Februar 11 <sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Rapps pr. Februar 95 *fl.* Zink still. Kleefaat  
rothe unverändert, weiße ruhig.



**Russische** Bettfedern und Daunen in 1,  $\frac{1}{2}$  u.  $\frac{1}{4}$  Pud  
sind billig zu verkaufen Fuhrstr. 6 im Laden.

**Russische** Bettfedern und Daunen in 1,  $\frac{1}{2}$  u.  $\frac{1}{4}$  Pud  
sind billig zu verkaufen Fuhrstr. 6 im Laden.



